Protokoll
über die 26. Sitzung des Ausschusses für Personal und Verwaltung
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin

am Donnerstag, dem 9. Juni 2005

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 18:05 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Vor Eintritt in die Tagesordnung kündigt die Ausschußvorsitzende Änderungen an. Die Anträge der BV Frau Wagner werden zurückgestellt, da sie nicht anwesend ist. Sie bittet darum, die Anträge zur Nachhaltigkeit mit in die Tagesordnung aufzunehmen und darüber abstimmen zu lassen. Die CDU-Fraktion bittet darum, sie nicht mit aufzunehmen, da sie sich dazu noch kein Votum gebildet hat.

TOP 1 Protokoll

Protokolle liegen nicht vor.

TOP 2 Bericht aus dem Berichtsamt

Herr Schadeck berichtet zum Thema PIN AG, daß weiterhin Probleme mit der Versendung der Post bestehen. Es soll in einem Gespräch Klärung herbeigeführt werden zwischen dem Landesverwaltungsamt, der PIN AG und dem BA Steglitz-Zehlendorf. Gleichzeitig prüft das Rechtsamt, ob es eine Möglichkeit gibt, aus dem Vertrag mit der PIN AG herauszukommen. Allerdings ist es auch eine Kostenfrage, da mit der PIN AG etwa 10.000,- € im Jahr eingespart werden. Die BVV-Post ist von der Versendung durch die PIN AG ausgenommen, sie wird über die Post AG versendet.
Es wurde ein Umfragebogen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen herausgegeben, in welchem nach der Zufriedenheit der Dienstleistungen der Serviceeinheiten gefragt wird. Es wird sich nach dem Ergebnis erkundigt. Herr Schadeck teilt mit, daß die Auswertung noch läuft, sobald diese vorliegt, ist er gern bereit, darüber Auskunft zu erteilen.

TOP 3 Auswahl der Kandidaten für das Schiedsamt im Schiedsamtsbezirk 4 (Lichterfelde)

Bei der Wahl des Schiedsamtes wird einstimmig für Frau Gaby Gassner abgestimmt, gleichzeitig sind sich die Ausschußmitglieder einig, dies als Dringlichkeitsantrag in die kommende BVV am 15.06.2005 einzubringen.

TOP 4.1 Ombudsmann gegen Korruption im Bezirk Steglitz-Zehlendorf Drucksache 1287/ II – FDP-Fraktion

Es liegt ein Änderungsantrag der antragstellenden Fraktion vor, in diesem wird der zweite Absatz gestrichen. Der Antrag wird in der geänderten Form mit zwei Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen abgelehnt.

TOP 4.2 Gedenktafel am Rathaus Zehlendorf
Drucksache 1553/ II – SPD-Fraktion

Es liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor. In diesem Antrag wird eine Erweiterung für das Rathaus Steglitz gewünscht und daß die Texte durch das Bezirksamt unter Federführung der Historischen Kommission erarbeitet und anschließend der BVV zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Die SPD-Fraktion begrüßt den Vorschlag, den Antrag auf das Rathaus Steglitz zu erweitern, befürchtet aber durch die Einschaltung der Historischen Kommission eine Zeitverzögerung und meint, daß die vorhandenen Unterlagen ausreichen. Die CDU-Fraktion macht klar, daß sie nur geklärt haben möchte, ob der Text auf der Tafel umfassend genug ist und alles berücksichtigt wird, was berücksichtigt werden müsse. Es wird seitens der SPD-Fraktion um eine Zeitraumbegrenzung gebeten. Der Text soll der Historischen Kommission als Grundlage dienen. Nach längerer Diskussion wird der Antrag nochmals geändert und in dieser geänderten Fassung einstimmig angenommen. Der geänderte Text des Antrages lautet:

„Das Bezirksamt wird ersucht, am Rathaus Zehlendorf zum Gedenken an die nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 entlassenen und verfolgten Beschäftigten der Bezirksverwaltung eine Tafel anzubringen, deren Text vorher mit der Historischen Kommission zu Berlin abzustimmen und ggf. zu ergänzen ist. Für das Rathaus Steglitz sollte ggf. eine entsprechende Tafel erarbeitet werden. Die jeweiligen Tafeltexte sind der BVV zur Beschlußfassung vorzulegen.“

TOP 4.3 Gedenktage im Bezirk
Drucksache 1557/ II – BV Wagner

Der Antrag wird zurückgestellt, da die antragstellende Bezirksverordnete Frau Wagner nicht anwesend ist.

TOP 4.4 – 4.6

Die nächsten drei Anträge werden zusammen behandelt, da es bei allen um die Verwaltungsstandorte geht. Es wird das Problem „Kreisel“ und die Unterbringung der Verwaltungsmitarbeiter diskutiert. Die FDP möchte dem Bezirksamt und der BVV eine Richtung aufzeigen, ohne auf den Senat oder die Beteiligten angewiesen zu sein. Es wird nach einer Arbeitsgruppe gefragt, die sich mit dem Problem der Unterbringung und der damit verbundenen Aufgaben beschäftigt. Bezirksbürgermeister Weber erläutert dazu, daß der Senat der BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) einen Auftrag erteilt hat, alle im Bezirk befindlichen öffentlichen Liegenschaften zu untersuchen; der Abschlußbericht liegt noch nicht vor. Der Bericht soll nach der Sommerpause vorliegen. Die Ergebnisse der Untersuchung müssen abgewartet werden, da das BA nicht auf alle öffentlichen Liegenschaften einen Zugriff hat, daraus resultierend werden die entsprechenden Konsequenzen in Hinsicht auf das Jahr 2007 zu treffen sein. Dieses Vorgehen ist im planungsbegleitenden Ausschuß des Senats unter Beteiligung des Bezirks verabredet worden. Es gibt noch keine Arbeitsgruppe; es wurde schriftlich schon mitgeteilt, welche Liegenschaften und welche Gebäude in Frage kommen. Die dezentralen Standorte wären nicht die Optimallösung, doch sollte eine zentrale Lösung nicht gefunden werden, muss auch eine dezentrale in Betracht gezogen werden. Die nächsten Schritte sind das Interessenbekundungsverfahren und die Auswertung.

Es wird nach dem Unterschied zwischen dem ersten und dem dritten Antrag gefragt. Der dritte geht darauf ein, daß die Vorlage zur Kenntnisnahme vor den Haushaltsberatungen gewünscht wird, damit die Finanzierung miteinbezogen werden kann. Bezirksbürgermeister Weber erläutert dazu, daß es Aufgabe des Bezirksamtes ist, eine Vorlage dazu zu erstellen. Das gesamte Kreiselprojekt muß im Rahmen einer über- oder außerplanmäßigen Ausgabe (Sonderfinanzierung) behandelt werden. Im Haushaltsplan 2006/ 2007 wird keinerlei finanzielle Vorsorge getroffen. Das gesamte Kreiselprojekt muß separat finanziert werden und unterliegt einem Beschluss des Abgeordnetenhauses. Es wird noch mal die Zeitnot angesprochen, da 2007 etwa 700 Mitarbeiter untergebracht werden müssen.

TOP 4.4 Verwaltungsstandorte in Steglitz-Zehlendorf I
Drucksache 1620/ II – FDP-Fraktion

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4.5 Verwaltungsstandorte in Steglitz-Zehlendorf II
Drucksache 1623/ II – FDP-Fraktion

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 4.6 Verwaltungsstandorte in Steglitz-Zehlendorf III
Drucksache 1626/ II – FDP-Fraktion

Der Antrag wird zurückgezogen.

TOP 4.7 Dienstleistungen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auswählen
Drucksache 1613/ II – GRÜNE-Fraktion

Es wird diskutiert, ob Dienstleistungen, die extern vergeben werden, nicht vielleicht kostengünstiger sind als die internen. Es wird außerdem darauf hingewiesen, daß der Ausschuß nur eine mitberatende Funktion hat und daß die Federführung beim Haushaltsausschuß liegt. Es wird der Produktvergleich unter den Bezirksämtern angesprochen. Herr Schadeck (DirBA) erläutert dazu, daß man diese Produkte gar nicht direkt vergleichen kann. Es gibt eine Arbeitsgruppe „Gemeinkosten“ im Bezirk, die sich zusammensetzt aus dem Steuerungsdienst und einigen LuV-Leitungen, die die Gemeinkosten im einzelnen prüfen. Das Ziel ist, die Kosten an den Median heranzuführen, wenn sie zu teuer sind und bei denen, die bereits unter dem Median liegen, dafür zu sorgen, daß sie auch weiterhin so günstig bleiben. Die antragstellende Fraktion weist noch einmal darauf hin, daß dies ein Prüfantrag für das Bezirksamt sei.
Der Antrag wird mit zwei Ja-Stimmen zu zehn Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt.

TOP 4.8 Ausstellung zum Berliner Bankenskandal
Drucksache 1628/ II – SPD-Fraktion

Die CDU-Fraktion bittet um weitere Informationen zur Ausstellung (Umfang, Kosten, welche Räumlichkeiten benötigt werden usw.) vom Bezirksamt; sollten die Fragen nicht beantwortet werden können, bittet sie um Aussetzung. Bezirksbürgermeister Weber weist darauf hin, das die Fragen von der antragstellenden Fraktion beantwor-

tet werden sollten. Die antragstellende Fraktion wird Material zur Ausstellung besorgen und es den Ausschußmitgliedern zur Verfügung stellen. Die FDP-Fraktion weist gleichzeitig darauf hin, daß der PV- und BiKu-Ausschuß mitberatend und der Haushaltsausschuß federführend ist und das alle die Infomaterialien erhalten sollten, um eine zeitliche Verzögerung zu vermeiden.

TOP 4.9 Publikation der Reden des Bezirksbürgermeisters Weber zum Volkstrauertag 2004 und in der BVV vom 16.02.2005 auf neu-rechten und neonazistischen Seiten im Internet
Drucksache 1606/ II (neu) – BV Wagner

Der Antrag wird zurückgestellt, da die antragstellende BV Frau Wagner nicht anwesend ist.

TOP 5 Verschiedenes

Es wird um eine Sitzung im August gebeten, um die vertagten Anträge behandeln zu können.

Berlin Steglitz-Zehlendorf, den 17.06.2005

Vorsitzende: BV Grimpe-Christen
Schriftführerin: BV Kölsch
Protokoll: Hildebrandt